

Angebotsbogen

Durchzuführende Leistung: Lieferung eines Toilettenwagens

Bieter sollen im Folgenden angeforderte Nachweise ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und fachlichen Eignung anhand des vorliegenden Angebotsbogens zusammengefasst belegen.

Frist für den Eingang des Angebots: 20.09.2026

Das Angebot ist ausschließlich digital über das Deutsche Vergabeportal einzureichen. Die Identifikationsnummer ist CXP4D93M74E.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Vergabeunterlagen auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Inhalt des Angebotsbogens

Bitte reichen Sie Ihre Angebotsunterlagen folgendermaßen strukturiert ein:

Vom Bieter:

- Antrag
- Anlage 1 Angebotsschreiben
- Anlage 2 Zusammenarbeit mit Anderen
- Anlage 3 Ausschlusskriterien nach §123 GWB
- Anlage 4 Ausschlusskriterien nach § 124 GWB
- Anlage 5 Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister, ggf. Handelsregistrauszug
- Anlage 6 Nachweis einer Haftpflichtversicherung ggf. Deckungszusage
- Anlage 7 Umsatz für entsprechende Lieferleistungen
- Anlage 8 Erklärung Nachunternehmen
- Anlage 9 Referenzformblatt für Unternehmensreferenz
- Anlage 10 Verpflichtungserklärung gemäß TVgG – NRW

Hinweis: Der Angebotsbogen stellt eine Arbeitshilfe für die Bieter dar. Maßgeblich sind die Vorgaben der Auftragsbekanntmachung.

Bei Bietergemeinschaften sowie Subunternehmen ist der Angebotsbogen sowie die Anlagen gemäß Vergabebekanntmachung von jedem Mitglied einzureichen.

Bewerben sich Bietergemeinschaften, so ist für jedes Mitglied der Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erbringen. Der Nachweis kann über gemeinsame oder auch von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln bearbeiteten Referenzprojekte erfolgen. Darüber hinaus gilt es in der Summe, den Nachweis der weiteren Kriterien zu erbringen.

Sollten weitere Unternehmen vom Bieter unterbeauftragt werden, so sind auch von den Unterbeauftragten die geforderten Eignungskriterien nachzuweisen, jedoch lediglich im Rahmen der von ihm ergänzend zu erbringenden Leistungen. Darüber hinaus ist die Leistungsfähigkeit durch die weiteren Kriterien für die übertragenen Leistungen nachzuweisen.

Das Angebot wird in diesem Fall insgesamt (Bieter und Unterbeauftragter) bewertet. Mit Vorlage des Angebots muss der Unterbeauftragte rechtsverbindlich erklären, dass er zur Auftragsausführung zur Verfügung steht.

Anlage 1

Name, Rechtsform

Name des Unternehmens _____

Ansprechperson _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Ggf. Telefax _____

E-Mail _____

Ggf. Website _____

Angebot zum Vergabeverfahren

Wir reichen hiermit die Angebotsunterlagen zur Vergabe „Lieferung eines Toilettenwagens“ ein und bestätigen hiermit die Richtigkeit aller in den Anlagen gemachten Angaben.

_____, den _____

(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 2

Erklärung zur Zusammenarbeit mit Anderen

Hiermit erklären wir, dass wir:

- ☐ im Auftragsfall nicht in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeiten werden.
- ☐ im Auftragsfall mit folgenden Unternehmen zusammenarbeiten werden:
 1. Unterauftragnehmer, deren Nachweise zu Umsatzerlösen/Referenzen berücksichtigt werden:

Firmenname: _____
(Diese Unterauftragnehmer müssen die Anlage 8, Erklärung Nachunternehmer ausfüllen)

2. Weitere Nachunternehmer

Leistungen: _____

Der Bieter muss mit der Angebotsabgabe nachweisen, dass ihm die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stehen (Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen).

- ☐ im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) aus folgenden – vollständig aufgeführten – Mitgliedern bilden:

1. Mitglied der ARGE: _____

2. Mitglied der ARGE: _____

3. Mitglied der ARGE: _____

und Frau / Herr _____

die /der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertretung ist, die die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner.

Begründung für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft:

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 3

Erklärung zu Ausschlusskriterien nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) - (Anwendung der Norm nach § 31 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO))

Hiermit erklären wir, dass für unser Unternehmen und ihre gesetzlichen Vertreter keine zwingenden Ausschlusskriterien nach § 123 GWB bestehen.

Unser Unternehmen versichert, dass keine Personen, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen oder § 129b des Strafgesetzbuches (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuches (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuches zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt des Bundes oder gegen Haushalte richtet, die von öffentlichen Haushalten oder in deren Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt des Bundes oder gegen Haushalte richtet, die von öffentlichen Haushalten oder in deren Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuches (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuches (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuches (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuches (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuches (Förderung des Menschenhandels).

Hinweis: Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines Delikts nach § 123 (1) GWB führt zum Ausschluss des Bieters, wenn nicht ein Ausnahmefall gegeben ist. Dabei ist es unerheblich, zu welchem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens die Auftraggeberin von der Unzuverlässigkeit des Bieters erfährt.

Unser Unternehmen versichert hiermit, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist oder das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis – und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

_____, den _____

(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 4

Erklärung zu Ausschlusskriterien nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (Anwendung der Norm nach § 31 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO))

Unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit können Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn Ausschlusskriterien nach § 124 GWB bestehen.

Hiermit erklären wir, dass:

1. unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. unser Unternehmen weder zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet, noch seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
4. unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit einer für die Auftraggeberin tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. unser Unternehmen nicht in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war und deshalb keine Wettbewerbsverzerrung besteht,
7. unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat,
8. unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen, keine Auskünfte zurückgehalten hat, oder
9. unser Unternehmen
 - a. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung der Auftraggeberin in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c. keine fahrlässige oder vorsätzlich irreführende Information übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung der Auftraggeberin erheblich beeinflussen könnte, oder nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 5

Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister, ggf. Handelsregisterauszug

Anlage 6

Verpflichtungserklärung zum Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung oder vergleichbare Versicherung (§ 33 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO))

Wir verpflichten uns – spätestens im Auftragsfall – zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag eine Betriebshaftpflichtversicherung oder vergleichbare Versicherung abzuschließen.

Mindestanforderung für die Bewerbung ist die Erklärung der Versicherungsgesellschaft, dass im Auftragsfall eine Versicherung über die Deckungssummen abgeschlossen wird.

Die Erklärung des Versicherers muss dem Angebot beigelegt oder im Auftragsfall nachgereicht werden.

Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen je Schadenfall mindestens betragen:

- | | |
|------------------------|-------------|
| a. für Personenschäden | 1.500.000 € |
| b. für Sachschäden | 1.000.000 € |

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 7

Erklärung über den Netto-Umsatz der letzten beiden Geschäftsjahre für entsprechende Lieferleistungen, die in Art und Ausführung mit denen vergleichbar sind, die beauftragt werden sollen. (§ 33 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO))

Umsätze in € netto

Lieferung Sanitär- und Toilettenwagen	Geschäftsjahr _____	Geschäftsjahr _____
Name des Unternehmens:	€	€
Name des Unternehmens:	€	€
Name des Unternehmens:	€	€
Summe der Bietergemeinschaft/Bieter inkl. der Nachunternehmen	€	€

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 8

Erklärung Nachunternehmer (für jeden Nachunternehmer ein gesondertes Blatt)

Name des Bieters _____

Nachunternehmer _____

Rechtsform _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Land _____

Ansprechperson _____

Leistungsbilder, die im Auftragsfall erbracht werden sollen

Hiermit erklären wir, dass wir als Nachunternehmer für die o. g. Leistung zur Verfügung stehen und dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter keine Ausschlusskriterien nach §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bestehen.

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 9

Referenzformblatt für Unternehmensreferenzen zu Mindeststandards siehe Kriterien der Auftragsbekanntmachung

Projektbezeichnung, Ort _____

Name Auftraggeber _____

☐ öffentlich

☐ privat

Ansprechperson des Auftraggebers _____

Telefon _____

Auftragnehmer (bei Bietergemeinschaften das/die Unternehmen, das /die die Leistung
erbracht hat/haben) _____

Beschreibung der Leistung _____

Leistungsanteil des/der Bieter/s _____

Auftragsart ☐ Lieferung eines Toilettenwagens

☐ Sonstige _____

Leistungszeitraum (Abschluss nach 01.01.2022) _____

Umfang des Auftrags in € netto _____

Beigefügte Anlagen ☐ Referenzschreiben ☐ Sonstige

_____, den _____

(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)

Anlage 10

Aus SGV. NRW. mit Stand vom 14.1.2025:

Verpflichtungserklärung gemäß Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen TVgG NRW über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Der Auftragnehmer sowie eventuelle Nachunternehmer sind zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen vom 21.03.2018 verpflichtet. Dies beinhaltet die Vorgaben des § 2 TVgG:

Bei öffentlichen Aufträgen für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich

1. eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
2. eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
3. einer nach den §§ 7, 7 a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3 a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt, muss das beauftragte Unternehmen bei der Ausführung wenigsten diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden (§ 2 Absatz 1 TVgG).

Darüber hinaus muss bei allen anderen öffentlichen Aufträgen im Sinne des § 1 Absatz 2 TVgG das beauftragte Unternehmen bei der Ausführung der Leistung wenigstens ein Entgelt zahlen, das den Vorgaben des Mindestlohnsgesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 172) geändert worden ist. Satz 1 gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird (§ 2 Absatz 3 TVgG).

Die in § 2 Absatz 1 bis 3 auferlegten Pflichten gelten entsprechend für sämtliche Nachunternehmer des beauftragten Unternehmens. Das beauftragte Unternehmen stellt sicher, dass die Nachunternehmer die in Absatz 1 bis 3 auferlegten Pflichten ebenfalls einhalten (§ 2 Absatz 4 TVgG).

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Stempel & Unterschrift)